

Bericht über das Geschäftsjahr 2013

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Stromnetz Berlin GmbH

Puschkinallee 52

12435 Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss der Stromnetz Berlin GmbH zum 31. Dezember 2013	17
Bilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	19
Kapitalflussrechnung	20
Entwicklung des Anlagevermögens	21
Anhang	22

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäft und organisatorische Struktur

Die Unternehmen des deutschen Teilkonzerns von Vattenfall sind auf verschiedenen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette aktiv. Dazu gehören die Strom- und Wärmeerzeugung aus konventionellen und erneuerbaren Energieträgern sowie die Energieverteilung und der Vertrieb.

Die Vattenfall-Gruppe war bis zum 31. Dezember 2013 in einer länderübergreifenden Struktur organisiert, die sich aus fünf Business Divisions zusammensetzte.

Seit dem 1. Januar 2014 ist die Organisation der Vattenfall-Gruppe neu strukturiert. Der Konzern weist nun zwei regionale Einheiten aus: Business Region Nordic (Skandinavien) und Business Region Continental/UK (Kontinentaleuropa und Großbritannien), zu der auch die Stromnetz Berlin GmbH (Stromnetz Berlin) zugeordnet ist.

Am 1. März 2013 firmierte sich die Vattenfall Europe Distribution Berlin GmbH in die Stromnetz Berlin GmbH um (Eintragung im Handelsregister am 2. April 2013).

Die Stromnetz Berlin ist eine 100-prozentige Tochter der Vattenfall GmbH und unterliegt einem Gewinnabführungsvertrag.

Die Stromnetz Berlin ist auf dem Gebiet der Stromverteilung tätig. Sie betreibt innerhalb des Stadtgebietes Berlin das Stromverteilnetz, einschließlich eines Fernmelde- und eines Lichtwellenleiterkabelnetzes, mit einer Gesamtlänge von rund 44.000 km. Sie stellt ihr Netz jedem Nutzer diskriminierungsfrei zur Verfügung und ist verantwortlich für die Sicherheit sowie die Zuverlässigkeit der Stromversorgung.

Steuerungsgrößen des Konzerns sind das Betriebsergebnis nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften IFRS sowie daraus abgeleitete wertorientierte Kennzahlen.

Forschung und Entwicklung

Das beherrschende Thema der F&E-Aktivitäten bei der Stromnetz Berlin ist die Entwicklung intelligenter Netze sogenannter „Smart grids“. Das Verteilungsnetz entwickelt sich auch in der Mittel- und Niederspannung immer mehr zu einem „Smart grid“. In Projekten wie DSO 2020, dem Reifegradmodell, Studien mit Universitäten und diversen weiteren Pilotprojekten insbesondere zu den zukünftigen Anforderungen an die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) oder bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen, z. B. bei der Förderinitiative „Zukunftsfähige Netze“ vom BMWi, BMU, BMBF, wird diese Entwicklung aktiv begleitet. Durch die stärkere Dezentralisierung von erzeugter Energie, gezieltes Lastmanagement oder zusätzliche Speicher im Netz werden zusätzliche Messpunkte an neuralgischen Netzpunkten nötig, um das Verhalten des Netzes zu beurteilen und weiter zu automatisieren.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Politisches Umfeld

Auch im Jahr der Bundestagswahl stand die Umsetzung der Energiewende stark im Fokus der öffentlichen Diskussion. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurden Leitlinien festgelegt, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Die Verteilnetze werden dabei auch weiterhin das Rückgrat der Energiewende vor Ort sein.

Durch den Zubau von erneuerbaren Energien wird eine zunehmende Dezentralisierung des Energieversorgungssystems bewirkt, welche die bestehenden Mechanismen des Strommarktes stark strapaziert. Um negative Auswirkungen insbesondere auf die Versorgungssicherheit und -zuverlässigkeit zu vermeiden, gewinnt die Schaffung eines neuen Energiemarktdesigns zunehmend an Bedeutung. Die Reformierung der EEG-Förderung sowie die Einführung von Kapazitätsmechanismen und damit ein stärkerer Leistungsbezug bei der Energiebeschaffung werden hierbei vorrangig diskutiert. Im Zusammenhang mit dem nach wie vor notwendigen umfangreichen Netzausbau sollen die Rahmenbedingungen investitionsfreundlich ausgestaltet werden, damit notwendige Investitionen zeitnah refinanziert werden können. Zukünftig sollen, im Rahmen der Netzentgelte, auch Einspeiser an den Kosten für die Netzinfrastruktur und den Netzbetrieb beteiligt werden.

Durch den weiteren starken Zubau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien und der damit verbundenen weiteren Erhöhung der EEG-Umlage um ca. ein Cent auf insgesamt 6,24 Cent/kWh sind die Höhe und die Bezahlbarkeit des Strompreises sowie die Kosten der Energiewende insgesamt stark in der Diskussion. Die Befreiungen von energieintensiven Unternehmen von der Umlage werden dabei als ein weiterer Grund für den starken Anstieg genannt. Das Beihilfeverfahren der Europäischen Kommission zur Überprüfung dieser Befreiungen dürfte einen nicht unerheblichen Einfluss auf die im Koalitionsvertrag enthaltene Reform des EEG in Deutschland haben.

Die Einführung von intelligenter Messtechnik (Smart meter), welche eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für die Netzbetreiber hat, erfährt auch zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei wird zwischen intelligenten (elektronischen) Zählern und intelligenten Messsystemen, welche eine Erweiterung der intelligenten Zähler um einen Anschluss an ein Datenübertragungsmodul (Gateway) darstellen, unterschieden. Die Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) hinsichtlich eines flächendeckenden Einsatzes intelligenter Zähler, die Ernst & Young im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erstellt hat, wurde Ende Juli veröffentlicht. Unter Berücksichtigung der Analyseergebnisse werden seitens der Bundesregierung Pflichteinbaufälle definiert, bei denen zwingend intelligente Zähler einzusetzen sind. Dabei stellt die finanzielle Zumutbarkeit beim Kunden eines der maßgeblichen Kriterien dar. Derzeit besteht eine Einbauverpflichtung bei Kunden mit einem Verbrauch ab 6.000 kWh/a sowie bei Neubauten und Renovierungen. Darüber hinaus ist geplant, EEG-Anlagen ab einer geringen installierten Leistung mit intelligenten Messsystemen auszustatten, um diese in noch größerem Maße für eine intelligente Netzsteuerung nutzbar zu machen.

Nach Expertenmeinung und in Abweichung von der KNA wird der flächendeckende Einsatz (Roll-out) der neuen Technik voraussichtlich im Jahre 2016 beginnen. Hinsichtlich der Finanzierung deutet sich mit Blick auf das seitens der Politik bestehende Primat der preislichen Zumutbarkeit beim Kunden die Einführung von Höchstentgelten an. In diesem Zusammenhang liegt das Hauptaugenmerk der Netzbetreiber als für den Einbau verantwortlicher Dienstleister auf der Sicherstellung einer vollumfänglichen Deckung der entstehenden Kosten.

Zur rechtssicheren Ausgestaltung des Roll-outs hat das zuständige BMWi angekündigt, bis Mitte 2014 im Rahmen der Novellierung des Messwesens ein entsprechendes Verordnungspaket "intelligente Netze" vorzulegen. In dieses Paket sollen u. a. Anforderungen an Datenschutz und Kommunikation, technische Mindestanforderungen, Zeit- und Mengenvorgaben des Roll-outs sowie dessen Finanzierung geregelt werden.

Bei der Novellierung des energiewirtschaftlichen Ordnungsrahmens, welcher am 22. August 2013 in Kraft getreten ist, standen insbesondere Regelungen im Fokus, bei welchen mangelnde Rechtssicherheit bestand und welche teilweise bereits Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen waren. So wurden u. a. die Regelungen zur Indizierung des Anlagevermögens, zur Ermittlung des Eigenkapital-Zinssatzes und der kalkulatorischen Gewerbesteuer konkretisiert.

Weiterhin wurde statt der kompletten Netzentgeltbefreiung für stromintensive Unternehmen, welche nicht nur öffentlich stark kritisiert wurde, sondern auch seitens der EU auf Rechtmäßigkeit überprüft wird, ab 2014 eine Rückkehr zu einer Entgeltreduzierung (max. 90 Prozent) abhängig von dem individuellen Beitrag des Kunden zur Netzentlastung geregelt. Dies wird die stromintensiven Unternehmen wieder be- und die Letztverbraucher entlasten.

Mit der Intention der Verbesserung der Investitionsbedingungen und einer unmittelbaren und vollumfänglichen Berücksichtigung entstehender Kosten aus Erweiterungs- bzw. Umstrukturierungsinvestitionen in die Hochspannungsnetze werden diese nun ausschließlich im Rahmen des Instruments „Investitionsmaßnahme“ und damit nicht über das pauschale Instrument des Erweiterungsfaktors berücksichtigt. Grundsätzlich ist diese Regelung als Schritt in die richtige Richtung zu werten. Für die übrigen Investitionen besteht jedoch nach wie vor ein Zeitverzug von bis zu sieben Jahren, welches weiterhin gegenüber den politischen Stakeholdern und der Bundesnetzagentur adressiert wird.

Eine weitere im Grundsatz positiv zu bewertende Regelung betrifft das Thema Innovationen. Da diese Regelung jedoch nur staatlich geförderte Innovationsprojekte einschließt und einen Selbstbehalt des Netzbetreibers von mindestens 50 Prozent vorsieht, werden dadurch nur sehr eingeschränkt Innovationsanreize gesetzt.

Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen. Das Bruttoinlandsprodukt war um 0,4 Prozent höher als im Vorjahr. Jedoch war der Anstieg in den beiden vorangegangenen Jahren sehr viel kräftiger. Offensichtlich wurde die deutsche Wirtschaft durch die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern und einer gebremsten weltwirtschaftlichen Entwicklung belastet. Die Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren.

Der Konsum war wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 0,9 Prozent, dagegen gingen die Investitionen zurück. Deutschland exportierte zwar insgesamt 0,6 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen als im Vorjahr, gleichzeitig stiegen die Importe aber um 1,3 Prozent.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2013 von 41,8 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 im siebten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Weit überdurchschnittlich gestiegen ist dabei, wie schon in den Vorjahren, die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Die Arbeitslosenquote lag allerdings mit 11,7 Prozent in Berlin deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,9 Prozent.

Wettbewerbsumfeld

Die beschlossene Energiewende führt zu geänderten Anforderungen an alle Stromverteilungsunternehmen in Deutschland. Die insbesondere im Erneuerbare Energie Gesetz festgelegten monetären Förderungen für die eingespeiste Energie aus regenerativen Quellen hat zu einem starken Zubau von Photovoltaik-Anlagen auch in den Städten geführt. Parallel sind eine Vielzahl von dezentralen Mini-Blockheizkraftwerken (BHKW) an das städtische Verteilungsnetz angeschlossen worden. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Das führt auch zu weiteren neuen Geschäftsfeldern wie dem Einspeisemanagement, einer dezentralen Speicherung der Energie, E-mobility und einem veränderten Messwesen (Smart meter). Damit einhergehend sind die technischen Herausforderungen unter diesen neuen Bedingungen für die Stromnetze vorzubereiten und umzusetzen. Dabei sind beispielsweise die Rahmenbedingungen für zusätzlich notwendige Investitionen, die verschiedenen Marktrollen und die zukünftige Aufgabenabgrenzung derzeit noch nicht klar definiert.

Im Berichtsjahr hat die Stromnetz Berlin gemeinsam mit der Schwestergesellschaft Stromnetz Hamburg GmbH als erster deutscher Netzbetreiber die Assetmanagement-Zertifizierung nach PAS55 erfolgreich bestanden. Das Zertifizierungsaudit wurde unter Institute-of-Assetmanagement-Akkreditierung der UMS Group als Endorsed Assesor mit Unterstützung von E-Bridge Consulting durchgeführt. Dies dokumentiert den hohen Standard der implementierten Assetmanagement Prozesse zur erfolgreichen und nachhaltigen Bewirtschaftung des Verteilungsnetzes Berlin entsprechend der definierten Geschäftsziele.

Umweltschutz

Umweltschutz ist ein vorrangiges Ziel von Vattenfall und fester Bestandteil in der Strategie von Stromnetz Berlin. Wir bekennen uns zum aktiven Umweltschutz. Die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften ist für uns selbstverständlich. Die Überwachung von Grenzwerten ergab in 2013 keine Überschreitung.

Es wurde ein unternehmensweites Umweltmanagementsystem etabliert, das alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Erfüllung der Umweltaufgaben einbindet. Es erfasst die durch Anlagen und Tätigkeiten verursachten Umweltauswirkungen. Diese werden anhand festgelegter Kriterien bewertet und daraus ambitionierte Ziele und Maßnahmen für die einzelnen Standorte abgeleitet.

Die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen ohne Beeinträchtigung der Umwelt und des Wohls der Allgemeinheit wurde ständig überwacht und dokumentiert.

Bei den Umweltschutzmaßnahmen stehen vorrangig der Schutz des Bodens und des Wassers im Mittelpunkt. Schwerpunkte bildeten die Sanierung von Ölschäden, die Sicherung von Ölkabeln sowie die Sanierung und Errichtung von Ölauffangvorrichtungen für Transformatoren. Weiterhin wurden Maßnahmen zum Schallschutz sowie zur Einhaltung von Grenzwerten elektromagnetischer Felder ergriffen.

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig.

Geschäftsverlauf und Ertragslage

	2013		2012		Abweichung	
	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €	Absatz %	Umsatz %
Netznutzung	13.922	504,5	13.861	476,9	0,4	5,8
Zähler/Messung/Abrechnung		62,0		65,0		-4,6
Konzessionsabgabe*		143,6		133,1		7,9
§ 19 Abs. 2 StromNEV*		26,6		14,0		90,0
§ 17f EnWG*		25,8		-		100,0
KWK-Erlöse*		18,0		5,7		215,8
EEG-Erlöse*	(57)	32,0	(63)	30,5	(-9,5)	4,9
Stromverkäufe	(177)	1,6	(143)	4,6	(23,8)	-65,2
sonstige		1,3		1,3		0,0
Umsatzerlöse		815,4		731,1		11,5

* Die Erlöse aus Konzessionsabgabe, KWK, EEG, der Umlage gem. § 19 Abs. 2 StromNEV sowie der Umlage gem. § 17 f EnWG in Höhe von 246,0 Mio. € sind grundsätzlich in gleicher Höhe im Aufwand zu finden und haben daher keine Ergebniswirkung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 14.243 GWh Strom durch das Netz von Stromnetz Berlin geleitet. Die Jahreshöchstlast wurde am 23. Januar 2013 mit 2.435 MW erreicht. Unter Berücksichtigung von rechnerischen Netzverlusten, Betriebsverbräuchen und periodenfremden Effekten betrug die Stromabgabe 13.922 GWh und ist damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben. Die Erlöse aus der Netznutzung erhöhten sich um 5,8 Prozent im Wesentlichen auf Grund von positiven Preiseffekten.

Unter den Stromverkäufen werden im Wesentlichen die Erlöse aus der Abrechnung des Differenzbilanzkreises gezeigt.

Die KWK-Erlöse sind im Wesentlichen auf Grund höherer Preise für Anlagen bis 100.000 kWh angestiegen. Zusätzlich wirkt hier die Förderung neuer Anlagen insbesondere beim Ausbau des Fernwärmenetzes.

Die EEG-Erlöse sind im Geschäftsjahr im Wesentlichen infolge der höheren Auszahlung von Marktprämien gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Auf Grund der Umsetzung der Direktvermarktung von EEG-Strom durch die Einspeiser ist der Absatz jedoch weiterhin rückläufig.

Die Erlöse aus KWK, Konzessionsabgabe, der Umlage gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV, der Umlagen gemäß § 17 f EnWG sowie die Erlöse aus dem EEG finden sich entsprechend auch auf der Aufwandsseite und sind somit ohne Ergebniswirkung bei Stromnetz Berlin.

Die Geschäftsentwicklung ist stark vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen und dem Projektgeschehen geprägt und beeinflusst das Ergebnis der Gesellschaft entsprechend.

Gewinn- und Verlustrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	2013	2012	Veränderung
Umsatzerlöse und übrige Erträge	869,3	789,8	79,5
Operative Aufwendungen	-738,8	-622,8	-116,0
Zinsergebnis	-9,6	-10,5	0,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	120,9	156,5	-35,6

Den Umsatzerlösen und übrigen Erträgen stehen operative Gesamtaufwendungen bestehend aus Material-, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Konzessionsabgabe sowie Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 738,8 Mio. € gegenüber. Unter Berücksichtigung des Zinsergebnisses von -9,6 Mio. € beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 120,9 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 51,9 Mio. € verminderten sich um 5,0 Mio. €. Im Vorjahr wirkte im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen ertragserhöhend.

Der Materialaufwand erhöhte sich deutlich im Vorjahresvergleich um 55,7 Mio. € auf 386,0 Mio. €. Wesentlich wirkten sich hier höhere Aufwendungen für Fremdleistungen sowie höhere Aufwendungen für Netznutzung aus.

Der Personalaufwand mit 21,8 Mio. € stieg im Vergleich zum Vorjahr um 35,4 Prozent auf Grund von erhöhten Aufwendungen für die Altersversorgung.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2013 verringerten sich um 6,6 Mio. € auf 72,2 Mio. €.

Im Berichtszeitraum stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen deutlich um 50,7 Mio. € auf 115,2 Mio. € (Vorjahr: 64,5 Mio. €) im Wesentlichen wegen der erhöhten Aufwendungen aus den Umlagen nach § 19.2 StromNEV und § 17 f EnWG.

Das Zinsergebnis verbesserte sich um 0,9 Mio. € auf -9,6 Mio. €. Dies beinhaltet im Wesentlichen Zinszuführungen von Rückstellungen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 120,9 Mio. € um 35,6 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Vorrangig wirkten sich hier die höheren bezogenen Fremdleistungen in Höhe von 29,8 Mio. € aus. Die erfolgswirksamen Bewertungsänderungen gemäß BilMoG für die Pensionsrückstellungen belasteten im Vorjahresvergleich in 2012 das Ergebnis und führten zu außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 8,8 Mio. €.

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung lag mit 120,0 Mio. € um 26,9 Mio. € unter dem des Vorjahres von 146,9 Mio. € und wurde vollständig an die Vattenfall GmbH abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur wird im Folgenden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Aktiva			
Anlagevermögen	1.024,7	983,8	40,9
Umlaufvermögen (einschließlich RAP)	153,5	116,2	37,3
	1.178,2	1.100,0	78,2
Passiva			
Eigenmittel	765,8	765,2	0,6
Langfristige Fremdmittel	176,3	175,0	1,3
Kurzfristige Fremdmittel	236,1	159,8	76,3
	1.178,2	1.100,0	78,2

Die Tätigkeit des Verteilnetzbetreibers ist anlagenintensiv. Bei einer Bilanzsumme von 1.199,4 Mio. € (vor Saldierung des Sonderverlustkontos) beträgt der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen 85,4 Prozent. Durch die Verrechnung mit dem Sonderverlustkonto in Höhe von 21,2 Mio. € ergibt sich eine wirtschaftliche Bilanzsumme in Höhe von 1.178,2 Mio. €. Dadurch erhöht sich die Quote auf 87,0 Prozent. Die Finanzierung des Vermögens steht auf solidem Fundament. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote nach Verrechnung des Sonderverlustkontos, des Sonderpostens sowie 70 Prozent der Baukostenzuschüsse be-

trägt 65,0 Prozent. Das Anlagevermögen ist zu 74,7 Prozent durch wirtschaftliches Eigenkapital (Eigenmittel) gedeckt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 118,1 Mio. € vor allem in die Erweiterung und Verstärkung des Stromverteilnetzes investiert.

Bedeutendste Vorhaben waren hierbei die Neubauten der Umspannwerke Britz und Landjägerstraße, die Erstellung von Kundenanschlüssen sowie Netzerweiterungen, u. a. auf Grund des zusätzlichen Ausbaus von EEG-/KWK-Anlagen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2013 Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Netzinfrastruktur inklusive Messeinrichtungen für 270,2 Mio. € (Vorjahr: 227,3 Mio. €) realisiert.

Auf Grund der Integration der Gesellschaft in das konzernweite Cashpooling haben sich keine unmittelbaren Auswirkungen der Finanzmarktsituation auf die Finanzierung der Gesellschaft ergeben.

Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	2013	2012	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	161,0	190,6	-29,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-115,9	-95,4	-20,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-120,0	-146,9	26,9
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-74,9	-51,7	-23,2
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-59,0	15,9	-74,9

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben. Im Geschäftsjahr ergab sich wie im Vorjahr ein Mittelabfluss (negativer Cashflow) in Höhe von 74,9 Mio. € (Vorjahr: 51,7 Mio. €). Die Investitionstätigkeit konnte durch den Cashflow aus operativem Geschäft gedeckt werden. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit verminderte sich um 26,9 Mio. € auf Grund geringerer Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter.

Der entstandene negative Finanzmittelfonds wurde als Cashpooling-Darlehen bei der Muttergesellschaft marktgerecht aufgenommen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2013 beschäftigte Stromnetz Berlin 156 Mitarbeiter. Die Belegschaft erhöhte sich gegenüber dem Ende des Vorjahres um drei Mitarbeiter.

Gesamtaussage

Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung als positiv beurteilt.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die in 2012 getroffenen Prognosen hinsichtlich Investitionstätigkeit, steigender Kosten für die Nutzung vorgelagerter Netze, stabiler Beschäftigung und einem positiven Ergebnis konnten im Geschäftsjahr 2013 realisiert werden.

Der Vattenfall-Konzern bekennt sich zum Standort Berlin und versteht sich als langfristiger Partner der Stadt. Die Stromnetz Berlin hat entsprechend das Ziel, auch nach 2014 die Betreiberin des Berliner Stromverteilnetzes zu sein. Dafür hat sie sich um die Stromnetzkonzession beworben und arbeitet im Rahmen der Bewerbung aktiv an der Wiedererlangung. Auch mit der überdurchschnittlichen Versorgungsqualität sowie den nachhaltig hohen Ausgaben für die Netzinfrastruktur von 270,2 Mio. € im Jahr 2013 dokumentiert die Stromnetz Berlin ihre Verantwortung für die Stadt Berlin.

Die Geschäftsentwicklung der Stromnetz Berlin wird auch in den nächsten Jahren vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen geprägt sein. Die in 2009 begonnene Anreizregulierung geht 2014 in die zweite fünfjährige Regulierungsperiode und wird auf lange Sicht die Erlösentwicklung des Unternehmens determinieren. Die Stromnetz Berlin stellt sich den Herausforderungen der Anreizregulierung. Dies belegt das sehr gute Ergebnis im Effizienzvergleich der Bundesnetzagentur. Die Stromnetz Berlin gehört mit einem Effizienzwert von 100 Prozent für die zweite Regulierungsperiode zu den effizientesten Netzbetreibern in Deutschland.

Da sich wichtige Anlagen am Ende des Lebenszyklus befinden, ist aus technischer Sicht ein weiterer Anstieg der Investitionen erforderlich, um den hohen Anforderungen an die Versorgungsqualität auch langfristig gerecht zu werden. Zudem wird die Einführung von Smart meter sowie der erforderliche Umbau der Netze im Rahmen der Energiewende zu erhöhten Investitionen führen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung des bestehenden Regulierungssystems durch die BNetzA, welche bis Ende 2014 vorzulegen ist, stehen u. a. die Investitionsbedingungen für Netzbetreiber auf dem Prüfstand. Sollte es vor diesem Hintergrund zu keiner Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere zum Abbau der Investitionshemmnisse, kommen, werden die zukünftigen Investitionstätigkeiten jedoch weiterhin kritisch zu bewerten sein. Das Asset-Management der Gesellschaft steuert und optimiert die Investitionstätigkeiten.

Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass im kommenden Jahr wieder vermehrt Vorgaben bzw. Empfehlungen auf EU-Ebene erfolgen. Bezüglich der Netzbetreiber sind hieraus Einflüsse insbesondere hinsichtlich deren Zuständigkeiten und Prozesse in sogenannten Smart markets zu erwarten (z. B. Network codes).

Die Beschäftigung wird in den kommenden Geschäftsjahren auf einem relativ konstanten Niveau erwartet.

Die Stromnetz Berlin geht davon aus, 2014 ein Ergebnis auf Vorjahresniveau zu erzielen.

Chancen- und Risikobericht

Umfeldrisiko

Der bestehende Konzessionsvertrag mit der Stadt Berlin läuft am 31. Dezember 2014 aus. Für die Vergabe der Konzession ab 2015 wurde bereits ein öffentliches Ausschreibungsverfahren gestartet, in dessen Rahmen sich die Stromnetz Berlin um die Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages beworben hat. Bei Nichtgewinnung besteht das Risiko, dass das wirtschaftliche und/oder rechtliche Eigentum am Verteilnetz auf den neuen Konzessionär gegen Leistung einer wirtschaftlichen Kompensation übergeht.

Eine weitere Verpflichtung aus der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes EnWG ist das Ausrollen neuer Zählertechnologien („Smart meter“) für alle Kunden mit einem jährlichen Stromverbrauch von über 6.000 kWh. Die neuen Messsysteme sollen über eine zeitgenaue Verbrauchserfassung verfügen und somit die Grundlage für eine individuelle Tarifgestaltung liefern. Der Zeitpunkt für die Umsetzung steht noch nicht fest, da die erforderliche Zählertechnologie derzeit auf dem Markt noch nicht verfügbar ist. Es wird erst 2014 damit gerechnet.

Marktrisiko

Das größte Marktrisiko ist das Volumenrisiko, welches bei der Nichterreichung des für die Kalkulation der Netznutzungsentgelte zugrunde gelegten Stromabsatzes eintritt. Hierdurch entstehen Mindererlöse, die über das Regulierungskonto erst in der folgenden Regulierungsperiode durch Ansatz in der Erlösbergrenze ausgeglichen werden können.

Eine für die Stromnetz Berlin ungünstige Marktentwicklung auf den Beschaffungsmärkten kann neben höheren Preisen auch zu längeren Lieferzeiten für wichtige Materialien und Leistungen führen. Begrenzt wird dieses Risiko durch eine gezielte Beobachtung des Beschaffungsmarktes.

Ein weiteres Marktrisiko ist das Insolvenzrisiko. Durch die Insolvenz von Lieferanten und Netznutzungskunden können offene Forderungen aus Netznutzungsentgelten, Konzessionsabgaben und KWK-Zuschlägen nicht beglichen werden. Auch in 2013 gab es wieder aktuelle Beispiele für Lieferanteninsolvenzen.

Chancen

Für die Stromnetz Berlin ergeben sich Chancen, im Rahmen der Weiterentwicklung des bestehenden Regulierungssystems eine Verbesserung der Investitionsbedingungen zu erhalten. Darüber hinaus hat die Stromnetz Berlin sehr gute Voraussetzungen zur Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages und damit zur Sicherung der Geschäftsgrundlage. Nicht zuletzt bieten sich im Rahmen von Smart Innovations, weiteren Effizienzsteigerungen und Prozessoptimierungen Möglichkeiten für künftige Geschäftsaktivitäten und -verbesserungen.

Gesamtrisikolage

Das Geschäft der Stromnetz Berlin wird im Wesentlichen durch Markt- und Finanzrisiken als auch durch rechtlich-regulatorische Risiken beeinflusst. Insbesondere die regulatorischen Risiken sind von strategischer Bedeutung, sie beinhalten aber auch Chancen.

Für die Gesellschaft ergab sich im Jahr 2013 weder durch Einzelrisiken noch durch die aggregierte Risikoposition eine Bestandsgefährdung. Auch für das nächste Geschäftsjahr sind keine derartigen Risiken erkennbar.

**Jahresabschluss
der Stromnetz Berlin GmbH
zum 31. Dezember 2013**

Bilanz

Mio. €	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		2,5	3,4
Sachanlagen		1.022,2	980,4
Finanzanlagen		-	0,0
		1.024,7	983,8
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)	153,3	116,0
		153,3	116,0
Rechnungsabgrenzungsposten		0,2	0,2
Sonderverlustrückkonto	(3)	21,2	27,6
		1.199,4	1.127,6

Mio. €	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA			
Eigenkapital	(4)		
Gezeichnetes Kapital		100,0	100,0
Kapitalrücklage		569,9	569,9
Andere Gewinnrücklagen		12,7	12,7
		682,6	682,6
Sonderposten	(5)	5,2	5,8
Baukostenzuschüsse	(6)	141,7	149,1
Rückstellungen	(7)	250,3	256,8
Verbindlichkeiten	(8)	118,2	33,3
Rechnungsabgrenzungsposten		1,4	-
		1.199,4	1.127,6

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse	(9)	815,4	731,1
Andere aktivierte Eigenleistungen		2,0	1,8
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	51,9	56,9
Materialaufwand	(11)	-386,0	-330,3
Personalaufwand	(12)	-21,8	-16,1
Abschreibungen	(13)	-72,2	-78,8
Konzessionsabgabe		-143,6	-133,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)	-115,2	-64,5
Zinsergebnis	(15)	-9,6	-10,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		120,9	156,5
Außerordentliches Ergebnis	(16)	-	-8,8
Sonstige Steuern	(17)	-0,9	-0,8
Gewinnabführung		-120,0	-146,9
Jahresergebnis		-	-

Kapitalflussrechnung

Mio. €	2013	2012
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und außerordentlichen Posten	120,0	155,7
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	72,2	78,8
Abnahme des Sonderpostens und der Baukostenzuschüsse	-8,0	-11,1
Abnahme der Rückstellungen	-6,5	-27,4
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2,8	3,6
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-46,8	-17,8
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	27,3	8,8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	161,0	190,6
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2,2	0,4
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-118,1	-95,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-115,9	-95,4
Gewinnabführung an Anteilseigner	-120,0	-146,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-120,0	-146,9
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-74,9	-51,7
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	15,9	67,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-59,0	15,9

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2013	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	31.12.2013	01.01.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	81,7	0,7	-	0,1	82,3	78,3	1,5	-	79,8	2,5	3,4
	81,7	0,7	-	0,1	82,3	78,3	1,5	-	79,8	2,5	3,4
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	152,8	0,5	2,0	0,4	154,9	54,4	4,7	0,0	59,1	95,8	98,4
Verteilungsanlagen Strom	1.594,9	61,1	24,6	6,2	1.674,4	770,3	65,5	4,4	831,4	843,0	824,6
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6,5	0,1	0,1	0,1	6,6	5,5	0,5	0,1	5,9	0,7	1,0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	56,4	55,7	-26,7	2,7	82,7	-	-	-	-	82,7	56,4
	1.810,6	117,4	-	9,4	1.918,6	830,2	70,7	4,5	896,4	1.022,2	980,4
Finanzanlagen											
Sonstige Ausleihungen	0,0	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
	0,0	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Anlagevermögen	1.892,3	118,1	-	9,5	2.000,9	908,5	72,2	4,5	976,2	1.024,7	983,8

Anhang

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Stromnetz Berlin wurde nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes sowie unter Beachtung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt. Alle Werte sind in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Stromnetz Berlin wird in den Konzernabschluss der Vattenfall AB mit Sitz in Stockholm/Schweden einbezogen. Der Konzernabschluss der Vattenfall AB ist nach den von der EU-Kommission übernommenen internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS aufgestellt und wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt. Des Weiteren ist er beim Bolagsverket in Sundsvall erhältlich. Dort ist die Gesellschaft in das Register unter der Nummer 556036-2138 eingetragen.

Zwischen der Vattenfall GmbH und der Stromnetz Berlin besteht ein Gewinnabführungsvertrag.

Stromnetz Berlin ist in den körperschaft- und gewerbsteuerlichen Organkreis der Vattenfall GmbH einbezogen.

Auf Grund der Teilrechtsnachfolge mit der Vattenfall Europe Wärme AG und davor erfolgter gesellschaftsrechtlicher Umstrukturierungen finden Gesetze, deren Geltungsbereich sich nach dem Einigungsvertrag grundsätzlich nur auf das Gebiet der ehemaligen DDR erstreckt, auch auf die Stromnetz Berlin insgesamt Anwendung. Dies gilt vor allem für das D-Markbilanzgesetz (DMBilG) und das Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Vom Aktivierungswahlrecht für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird kein Gebrauch gemacht.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten in angemessenem Umfang anteilige Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht einbezogen.

Abschreibungen für Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft oder hergestellt wurden, werden, soweit steuerlich zulässig, nach der degressiven Methode vorgenommen. Ein Übergang auf die lineare Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Für ab dem 1. Januar 2008 angeschaffte oder hergestellte Sachanlagen wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn bei einer dauerhaften Wertminderung der Ansatz mit einem niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich ist. Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten des Vermögensgegenstandes.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, die in den Geschäftsjahren 2009 und 2013 angeschafft wurden, werden als Sammelposten ausgewiesen und linear abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 wurde von dem Wahlrecht, geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung vollständig aufwandswirksam zu erfassen, Gebrauch gemacht.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert unter Beachtung des Wertaufholungsgebotes bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund vorübergehender Wertminderung wurden nicht vorgenommen.

Ausleihungen werden mit ihrem Nennwert angesetzt bzw., soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Allen erkennbaren Einzelrisiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch verrechnet. Die Forderungen aus noch nicht abgerechneter Netznutzung basieren auf der Verbrauchs- und Erlösabgrenzung, wobei nach anerkannten Methoden Hochrechnungen für den Leistungszeitraum erfolgen. Für die Abgrenzung findet im Wesentlichen ein Individualbewertungsverfahren Anwendung.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Sonderverlustkonto

Auf der Aktivseite wird für Rückstellungen, die wegen der erstmaligen Anwendung des § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB in der D-Markeröffnungsbilanz (DMEB) zu bilden waren, ein Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung nach § 17 Abs. 4 D-Markbilanzgesetz (DMBiG) ausgewiesen. Das Sonderverlustkonto verändert sich entsprechend der Inanspruchnahme und Auflösung der zugrunde liegenden DMEB-Rückstellungen. Für Inanspruchnahmen werden keine Aufwendungen in den jeweiligen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bei Auflösungen von DMEB-Rückstellungen wird das Sonderverlustkonto erfolgsneutral mit den Rückstellungen verrechnet.

PASSIVA

Sonderposten

Als Sonderposten werden steuerfreie Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz und erhaltene Investitionszuschüsse ausgewiesen. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt entsprechend dem Abschreibungsverlauf der betreffenden Vermögensgegenstände.

Baukostenzuschüsse

Erhaltene investitionsbezogene Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge werden passiviert. Bis zum 30. Juni 2003 erhaltene Baukostenzuschüsse werden über 20 Jahre ertragswirksam aufgelöst, sofern nicht eine kürzere Laufzeit vereinbart ist. Ab dem 1. Juli 2003 erhaltene Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge werden entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in notwendigem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die unter den sonstigen Rückstellungen erfassten Jubiläumswendungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Aufstockungsbeträge aus Altersteilzeitverträgen sind mit dem versicherungsmathematischen Barwert angesetzt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Prämissen

Prozent	31.12.2013	31.12.2012
Abzinsungsfaktor für langfristige Pensionsverpflichtungen und Personalrückstellungen	4,90	5,06
Abzinsungsfaktor für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen	3,65	3,98
Langfristige Gehaltssteigerungsrate	2,50	2,50
Allgemeiner Rententrend	1,75	1,75
Fluktuationsrate (altersabhängig)	0,00 bis 10,40	0,00 bis 10,40
Inflationsrate	1,75	1,75
Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze	2,50	2,50

Bei dem zugrunde gelegten Rechnungszinssatz für die Abzinsung handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren für langfristige Pensions- und Personalrückstellungen und von drei Jahren für Altersteilzeitrückstellungen.

Soweit Pensionsverpflichtungen mit einem Aktivwert einer Versicherung rückgedeckt sind, werden diese mit den jeweiligen Rückstellungen saldiert.

Kongruent rückgedeckte Altersversorgungszusagen, deren Höhe sich somit ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, sind mit diesem bewertet, soweit er den garantierten Mindestbetrag (diskontierter Erfüllungsbetrag der Garantieleistung) übersteigt. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsnehmers zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte Überschussbeteiligung).

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und sonstigen Rückstellungen wird im Zinsergebnis erfasst.

Die anderen sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäfts-

jahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank regelmäßig veröffentlicht.

Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Beschaffungsgeschäften wurden auf der Grundlage von Marktpreisen zum Bilanzstichtag bewertet und bei Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr entsprechend abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern

Stromnetz Berlin ist in den ertragsteuerlichen Organkreis der Vattenfall GmbH einbezogen. Latente Steuern auf temporäre oder quasi-permanente Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder auf Grund steuerlicher Verlustvorträge werden auf Ebene des Organträgers ermittelt und bei Passivüberhang - nach Saldierung - auch dort bilanziert.

Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Gewinne aus Sicherungsgeschäften werden erst bei Fälligkeit realisiert. Unrealisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten im Berichtsjahr 2013 ist in der Entwicklung des Anlagevermögens dargestellt.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29,4	9,7
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	100,3	85,7
Sonstige Vermögensgegenstände	23,6	20,6
	153,3	116,0

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen im Wesentlichen auf Forderungen aus Netznutzung. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Zahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch in Höhe von 57,6 Mio. € (Vorjahr: 53,0 Mio. €) verrechnet.

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen 1,2 Mio. € (Vorjahr: 17,0 Mio. €) Forderungen gegen die Gesellschafterin Vattenfall GmbH und 99,1 Mio. € (Vorjahr: 68,7 Mio. €) Lieferungen und Leistungen gegen übrige Konzernunternehmen.

(3) Sonderverlustkonto

Die Entwicklung des Sonderverlustkontos im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	01.01.2013	Verbrauch	Auflösung	31.12.2013
Sonstige Rückstellungen				
Ökologische Lasten	27,6	-4,1	-2,3	21,2

(4) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 100.000.000,00 € wird zu 100,0 Prozent von der Vattenfall GmbH gehalten.

(5) Sonderposten

Der Sonderposten besteht im Wesentlichen aus steuerfreien Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen.

(6) Baukostenzuschüsse

Im Berichtsjahr wurden 17,3 Mio. € (Vorjahr: 17,9 Mio. €) erfolgswirksam aufgelöst. Die Zuschüsse entfallen vor allem auf Anschlusskostenbeiträge für Hausanschlüsse von Netznutzern.

(7) Rückstellungen

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	133,8	130,3
Steuerrückstellungen	0,0	0,0
Sonstige Rückstellungen	116,5	126,5
	250,3	256,8

Die Pensionsrückstellungen decken die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen und noch tätigen Mitarbeitern ab.

Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie werden nach § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Aktivwerte bei Rückdeckungsversicherungen.

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	133,9	130,4
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	-0,1	-0,1
Nettowert der Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Rückstellung)	133,8	130,3

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Beträge für die Altlastensanierung, Ausgleichsverpflichtungen aus dem EEG-Gesetz, Rückstellungen für Entschädigungszahlungen für die Einräumung beschränkter Dienstbarkeiten nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG), Rückstellungen für Abbruchkosten, Risiken aus der Rückerstattung von Netznutzungsentgelten, Rückstellungen für Personal, Rückstellungen für Konzessionsabgabe, Ausgleichsverpflichtungen aus dem KWK-Gesetz, Drohverlustrückstellungen für die Beschaffung von Netzverlustenergie sowie Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Die Rückstellungen für Altlastensanierung berücksichtigen die erwarteten Kosten für die Herausnahme und Entsorgung von Ölkabeln sowie die erforderliche Bodensanierung auf fremden und eigenen Grundstücken.

(8) Verbindlichkeiten

Mio. €	31.12.2013		31.12.2012	
	Insgesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Insgesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr
Erhaltene Anzahlungen	4,0	4,0	2,4	2,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32,1	32,1	17,6	17,6
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	67,6	67,6	12,1	12,1
Sonstige Verbindlichkeiten	14,5	14,5	1,2	1,2
davon aus Steuern	(0,3)	(0,3)	(0,2)	(0,2)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(-)	(-)	(0,1)	(0,1)
	118,2	118,2	33,3	33,3

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 8,0 Mio. € Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: 9,3 Mio. €) und 59,0 Mio. € Cashpooling-Verbindlichkeiten gegenüber der Vattenfall GmbH (Vorjahr: Cashpooling-Forderung).

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Vattenfall GmbH bestehen in Höhe von 59,7 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(9) Umsatzerlöse

Mio. €	2013	2012
Netznutzung	504,5	476,9
Konzessionsabgabe	143,6	133,1
Stromverkäufe inklusive EEG	33,6	35,1
Übrige	133,7	86,0
	815,4	731,1

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2013	2012
Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen	17,3	17,9
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12,2	18,7
Erträge aus Beiträgen zu Kundenanlagen	10,5	11,2
Erträge aus Miet- und Pachteinnahmen	3,1	3,0
Erträge aus Schadenersatz	2,5	1,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	0,6	0,7
Übrige	5,7	4,4
	51,9	56,9

(11) Materialaufwand

Mio. €	2013	2012
Energiebezug	19,8	30,8
EEG	32,0	30,5
Übrige	0,0	0,1
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	51,8	61,4
Nutzung vorgelagerter Netze	170,0	134,5
Fremdlieferungen und -leistungen	164,2	134,4
Aufwendungen für bezogene Leistungen	334,2	268,9
	386,0	330,3

(12) Personalaufwand

Mio. €	2013	2012
Löhne und Gehälter	12,9	13,3
Soziale Abgaben	1,7	1,6
Aufwendungen		
für Altersversorgung	7,2	1,2
für Unterstützung	0,0	0,0
	21,8	16,1

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende)

	2013	2012
Gewerbliche Arbeitnehmer	-	1
Angestellte	155	150
davon technischer Bereich	(97)	(95)
davon kaufmännischer Bereich	(58)	(55)
	155	151

(13) Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen aus der Entwicklung des Anlagevermögens zu entnehmen. Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2013	2012
Belastungsausgleich gem. § 19 Abs. 2 StromNEV	26,6	14,0
Belastungsausgleich gem. § 17 f EnWG	25,8	-
Belastungsausgleich KWK	18,0	5,7
Serviceleistungen	17,8	19,6
Zuführung zu den Rückstellungen	5,9	4,6
Übrige	21,1	20,6
	115,2	64,5

(15) Zinsergebnis

Mio. €	2013	2012
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0
davon aus verbundenen Unternehmen	(-)	(-)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	0,4
davon aus verbundenen Unternehmen	(0,1)	(0,4)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9,7	-10,9
davon an verbundene Unternehmen	(-)	(-)
	-9,6	-10,5

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und Personalrückstellungen wird unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen. Es handelt sich um den Netto-Aufwand nach Verrechnung mit Erträgen aus den Aktivwerten.

Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) mit Erträgen aus den zugehörigen Aktivwerten in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) verrechnet.

Aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen nach Verrechnung mit den Erträgen aus Aktivwerten und aus Aufzinsung von sonstigen Rückstellungen resultieren Aufwendungen von insgesamt 9,7 Mio. € (Vorjahr: 10,9 Mio. €).

(16) Außerordentliches Ergebnis

Das negative außerordentliche Ergebnis in Höhe von 8,8 Mio. € in 2012 resultierte letztmalig aus Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen aus der Anpassung der Rechnungslegung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz.

(17) Sonstige Steuern

Der ausgewiesene Steueraufwand betrifft die Grundsteuer und die Stromsteuer auf den Selbstverbrauch von Energie.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung sind die Zahlungsströme in Anlehnung an die Empfehlungen des DRS 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beruhte mit 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) auf Einzahlungen aus Zinsen.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode beinhaltet ausschließlich verzinsliche kurzfristige Geldaufnahmen bei der Vattenfall GmbH.

Sonstige Angaben

Honorare des Abschlussprüfers

Für Tätigkeiten des Abschlussprüfers Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden im Geschäftsjahr unter 0,1 Mio. € berechnet. Die Honorare entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen (unter 0,1 Mio. €) und auf andere Bestätigungsleistungen.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am 31. Dezember 2013 bestand ein Bestellobligo für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 109,6 Mio. €. Davon entfallen 108,0 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Für Strombezüge zur marktorientierten Beschaffung von Energie zum Ausgleich von Netzverlusten ist die Stromnetz Berlin Abnahmeverpflichtungen für die Jahre 2014 und 2015 in einem Umfang von 27,1 Mio. € (Vorjahr: 34,9 Mio. €) eingegangen. Im Geschäftsjahr wurden für Geschäfte mit einem negativen Marktwert Drohverlustrückstellungen in Höhe von 3,8 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) in Anspruch genommen und 2,5 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €) zugeführt.

Stromnetz Berlin ist als Konzessionsnehmer für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes zur Zahlung der Konzessionsabgabe an das Land Berlin verpflichtet.

Des Weiteren bestehen Mietverpflichtungen in Höhe von rund 2,2 Mio. € gegenüber der Vattenfall Europe Wärme AG.

Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung der Beschaffung von Netzverlusten wurden Termingeschäfte mit einem Volumen von 27,1 Mio. € abgeschlossen. Der Marktwert dieser Geschäfte beläuft sich auf 24,1 Mio. € zum Bilanzstichtag. Auf Grund der aktuellen Preisentwicklung wurden zum Bilanzstichtag Drohverlustrückstellungen auf Geschäfte mit negativem Marktwert in Höhe von 2,9 Mio. € berücksichtigt.

Geschäfte größeren Umfangs nach § 6b Absatz 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind die Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen darzustellen. Die Stromnetz Berlin beauftragte die Vattenfall Europe Netzservice GmbH mit der Instandhaltung sowie dem Betrieb, der Erneuerung und Erweiterung des Verteilungsnetzes Berlin in Höhe von 232,4 Mio. €. In Höhe von 2,1 Mio. € erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Netzservice GmbH Erträge aus der Vermietung von Geschäftsräumen. Des Weiteren erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Metering GmbH Messdienstleistungen, wie Messwerterfassung und Zählerdatenbereitstellung, in Höhe von 28,1 Mio. €. In Höhe von 0,5 Mio. € erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Metering GmbH Erträge aus der Vermietung von Geschäftsräumen und für sonstige Dienstleistungen. Die Vattenfall Europe Kundenservice GmbH erbrachte Kunden-

servicedienstleistungen, wie Abrechnungs- und Debitorenmanagement sowie IT- und Systemdienstleistungen, für die Stromnetz Berlin in Höhe von 18,4 Mio. €.

Tätigkeitsabschluss nach § 6b Absatz 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig. Aus diesem Grund entspricht der zu erstellende Tätigkeitsabschluss dem Jahresabschluss der Gesellschaft.

Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung sind in einer gesonderten Übersicht als Anlage zum Anhang dargestellt.

Da lediglich ein Geschäftsführer eine Vergütung durch die Gesellschaft erhält, wird auf die Angabe der Bezüge unter Verweis auf § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stromnetz Berlin GmbH haben für ihre Tätigkeit 1 T€ erhalten.

Berlin, 11. Februar 2014

Dr. Helmar Rendez

Stefan Hadré

Dr. Erik Landeck

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Stefan Dohler

Vorsitzender

Geschäftsführer der Vattenfall Energy Trading GmbH

Cosima Vinzelberg*

Stellvertretende Vorsitzende

Betriebsratsvorsitzende der Stromnetz Berlin GmbH

Carl-Friedrich Ratz*

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Stromnetz Berlin GmbH

Rainer Schulze (seit 15.11.2013)

Head of Human Resources der Business Division Production, Vattenfall GmbH

Lutz Wegner

Leiter Legal Heat and Distribution der Vattenfall Europe Business Services GmbH

Hartwig Willert*

Gewerkschaftssekretär bei ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Silke Ernst (bis 15.10.2013)

Vice President HR, Business Division Asset Optimization & Trading, Vattenfall AB

* Arbeitnehmervertreter

Geschäftsführung

Dr. Helmar Rendez

Vorsitzender der Geschäftsführung

Kaufmännisches Ressort, Berlin bis 7. Februar 2014

Technisches Ressort, Berlin seit 8. Februar 2014

Dr. Dietrich Graf (bis 07. Februar 2014)

Ressort Technik, Hamburg

Jürgen Grieger (bis 07. Februar 2014)

Ressort Personal, Rosengarten

Stefan Hadré (seit 08. Februar 2014)

Kaufmännisches Ressort, Ressort Personal, Berlin

Dr. Erik Landeck

Ressort Strategie, Schönefeld

Bestätigungsvermerk

Zu dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stromnetz Berlin GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Berlin, 12. Februar 2014

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Glöckner

Gerlach

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer